Englische Panzer in Israel: Vom Ausland bald unabhängig?

ser „Figaro" in einem Bericht aus Jerusalem, Erkenntnisse für die Produktion eines Düsenkampfflugzeuges zu sammeln.

Für die Flugzeugwerke Israel Aircraft Industries (früher Bedek) nahe dem internationalen Flughafen Lod arbeiten über 8000 Ingenieure, Techniker und Arbeiter. Auf Initiative des ehemaligen Regierungschefs David Ben-Gurion war Bedek Anfang der fünfziger Jahre, damals eine kleine Flugzeug-Reparaturwerkstatt, mit ihrem Chef Al Schwimmer, einem Teil des Fachpersonals und sämtlichen Anlagen aus Burbank im US-Staat Kalifornien nach Israel gekommen.

Aber erst vor zwei Jahren schufen sich die Israelis die Basis für den Bau eigener Flugzeugmotoren und Turbinen in der Einwanderer-Kleinstadt Beth Schemesch. Dort gründete der französisch-jüdische Industrielle Joseph Schidlowsky (Leiter der französischen Turboméca-Werke) eine Motorenfabrik. Sie ist heute laut Schidlowsky eine „Produktionsschule, die jedoch bald wichtige wirtschaftliche Realitäten schaffen wird". Spezialle gierungen für die Motoren des Werks soll ein Stahlwerk liefern, das mit Hilfe amerikanischer Investoren in der Nähe errichtet wird.

„Was wir erzeugen", gestand Rüstungsindustrie-Chef Ironi, „hängt nur von politischen Entscheidungen und nicht mehr von technischen Problemen ab."

INDONESIEN

MILITÄRS

Weg zur Liebe

Generalleutnant Ibnu Sutowo, 55, verdient seinem Vaterland Indonesien für nominell 380 Mark Monatssold Millionen: mit Öl aus dem Küstensockel und aus Dschungeln von Sumatra bis Westirian.

General Sutowo leitet die staatliche Öl-Gesellschaft Pertamina. In seinem vollklimatisierten Büropalast in Djakarta drängen sich die Vertreter ausländischer Öl-Gesellschaften, um von dem kleinen Soldaten in der stets frischen Uniform Lizenzen zu erhalten.

Als Herr über die potentiell ergiebigsten Ölfelder der Welt diktiert er den Ausländern seine Bedingungen. Wer bohren will, muß

- ▷ seine gesamte Bohrausrüstung an die Pertamina übereignen, die sie dann für teures Geld zurückvermietet,
- ▷ bei Vertragsabschluß eine Zeichnungsgebühr bis zu sieben Millionen Dollar entrichten und
- ▷ 65 Prozent des Öl-Gewinns an die Pertamina abliefern.

Die Pertamina verdient damit jährlich 300 Millionen Dollar. Als guter Soldat aber behält Ibnu Sutowo mehr als ein Drittel der Jahreseinnahmen zurück: Betriebskapital der Pertamina, mit dem der General freilich auch seine Villen, Cadillacs, Privatflugzeuge und Jachten finanziert.

Denn der bankrotte Staat befahl seinen 365 000 Soldaten, sie sollten 40 Prozent ihres Unterhalts selbst verdienen — um dem sechstgrößten Volk der Welt das pro Kopf niedrigste Verteidigungsbudget zu bescheren.

„Rohöl schmiert den Weg zur Liebe", höhnte kürzlich ein Leitartikler in Djakarta über die private Auslegung der Dienstvorschrift durch den Öl-General. Sutowo hatte seine Tochter mit einer standesgemäßen Hochzeit verwöhnt — für 240 000 Mark.

Damit ist Sutowo der erfolgreichste — und umstrittenste — Soldat in einem Staat, in dem die Korruption noch üppiger gedeiht als irgendwo sonst in Asien. Andere Kameraden versuchen, es dem General gleichzutun:

Ein Kollege in Uniform übernahm vor zwei Jahren die mit Verlust arbeitende staatliche Schiffahrts-Linie. Er feuerte 3000 ehedem unterbezahlte Angestellte. Jetzt erwirtschaftet er schon Profite für den Fiskus — und 40 Prozent des Gewinns behält er ein.

Djakartas neuestes Luxus-Hotel „Kartika Plaza" verwalten die Militärs. Ortskommandanten in den Provinzstädten betreiben Automaten-Glücksspiele in den Restaurants und bessern so ihre Gehälter auf. Motorisierte Einheiten müssen oftmals zu Fuß gehen, weil ihre Kommandeure die monatliche Benzinration auf dem Markt verkaufen oder Jeeps und Lastwagen an freie Unternehmer vermieten.

Auf Sumatra lassen sich die Distriktsoffiziere die Export-Lizenzen zum fünfzehnfachen Preis vergelten — meist von den wenigen noch reichen und nach den Massakern von 1965/66 übriggebliebenen Chinesen. Ihre Soldaten verlangen Wegezoll von Bussen und Privatautos — oder sie verschie-

Großverdiener **Sutowo,** Chef **Suharto:** Von der Korruption schon befreit?

ben Eisenbahn- und Fußballkarten auf dem Schwarzmarkt.

Das schlimmste Spiel treiben die unterbezahlten Bewacher der Konzentrationslager und Gefängnisse mit inhaftierten Sympathisanten des Kommunisten-Aufstandes vom September 1965. Da die Wächter nur etwa 15 Mark im Monat verdienen, aber zum Existenzminimum 100 Mark brauchen, lassen sie ihre unterernährten Gefangenen gegen hohe Schmiergelder frei.

Die Familien müssen oft die letzte Habe verkaufen, um das Lösegeld aufzubringen. Dann aber wird der Freigekaufte erneut verhaftet — unter dem gleichen Verdacht der Sympathie für den Kommunismus. Erneut bieten ihn seine Kerkermeister feil; bis zum endgültigen Bankrott der Angehörigen.

Präsident Suharto brauchte die Talente der Soldaten, um nach der jahrelangen Mißwirtschaft seines gestürzten Vorgängers Sukarno die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Mit seiner „Neuen Ordnung" vollbrachte der 49jährige Staatschef das „Wunder" („Far Eastern Economic Review"), die Inflationsrate in nur drei Jahren von 635 Prozent auf 24 Prozent zu drosseln.

Solange der Öl-Soldat — und promovierte Arzt — Sutowo nur die Ausländer schröpfte und dem Land bitter benötigte Devisen verschaffte, gönnte ihm das Volk seine private Maklergebühr. Als Sutowos Pertamina aber auch an den Millionen Arbeitslosen Indonesiens verdienen wollte und den Literpreis für Kerosin — den Brennstoff der Massen für Lampen und Herde — von 16 auf 25 Pfennig erhöhte, protestierten die Indonesier.

In Djakarta rebellierten die Studenten, deren Aufstand einst Indonesien vom Befreier Sukarno und dessen Korruption befreit hatte. Unter dem Druck der Unruhen ließ der — selbst integre — Präsident Suharto 700 Militärs „der alten Ordnung" verhaften.

Von seinem Großverdiener mochte sich der Staatschef jedoch nicht trennen: Er stellte über Sutowo und seine Kollegen vier zivile Aufpasser, die fortan die Bücher prüfen. Bis zu den versprochenen Wahlen in 14 Monaten werden aber weiterhin — so „Time" — „Generäle, Oberste und Majore als Gouverneure, Hoteliers und Industrielle dienen — manchmal sogar auch als Soldaten".

USA

SCHULINTEGRATION

King Claude

Um das Schulamt des Bezirks Manatee im US-Orangenstaat Florida kurvte ein Auto mit dem Transparent: „Give 'em hell, Kirk" (Mach sie fertig).

Gouverneur Claude Kirk jr., 44, gab sein Bestes, um der Aufforderung nachzukommen: Fünf Tage lang kämpfte er, zuletzt sogar von einer Phalanx bewaffneter Posten umgeben, gegen Bundesrichter und Bundesvollzugsbeamte, um die gesetzlich und gerichtlich verfügte Rassenmischung an den Manatee-Schulen zu verhindern.

Der Staatschef, vom „Miami Herald" wegen seiner Herrscher-Allüren „Claudius Maximus I." betitelt, gab seine Résistance erst auf, als Washingtons Justizminister Mitchell versprach, er werde ihm bei der Berufung gegen das Schul-Urteil helfen.

Der Kampf zwischen Gouverneur und Gerichten markiert den bisherigen Höhepunkt der erbitterten Rückzugsgefechte, die konservative Südstaaten gegen die befohlene Schul-Integration führen. Erst etwa ein Drittel aller südstaatlichen Neger-Kinder besuchen schwarzweiße Schulen.

Lester Maddox, der negerfeindliche Gouverneur des Staates Georgia, be-

Florida-Gouverneur Kirk
„Mach sie fertig!"

schimpfte die Order, an allen öffentlichen Schulen „racial balance", also ein rassisches Proporz-System einzuführen, als „kriminellen Akt" der Regierung gegenüber Amerikas Kindern, Lehrern und Eltern.

Maddox-Kollege Kirk hält den Proporz-Befehl für „illegal und niederträchtig". Und Tausende von Bürgern fordern in Petitionen an den Obersten Gerichtshof, er solle die Termine für die Rassen-Integration im Klassenzimmer hinausschieben. Ihr Hauptargument: Der Gemeinschaftsunterricht von Weißen und Schwarzen erfordere einen komplizierten, teueren Zubringerverkehr mit Schulbussen. Obendrein seien die langen Transportwege und die Umschulung lästig.

Der Schulbus wurde Kampfsymbol für weiße Rassisten wie für Bürgerrechtler beiderlei Hautfarbe, aber auch für Eltern, die wenig gegen die Integration, aber viel gegen lange Schulwege haben: Um die Klassen zu mischen, müssen weiße Kinder aus den Wohnsiedlungen der Vorstädte in die Getto-Schulen des Stadtinneren gefahren werden und schwarze Getto-Kinder in die Schulen der Weißen am Stadtrand.

Auch in Florida protestierten die Eltern, als der Supreme Court anordnete, die Rassentrennung in einigen rückständigen Schulbezirken müsse „unverzüglich" aufhören. Gouverneur Kirk, der im Herbst wiedergewählt werden möchte, nutzte die Welle der Emotion zum Stimmenfang. Ähnlich wie sich 1963 Gouverneur George Wallace am Portal der University of Alabama postiert hatte, um zwei Negerstudenten die Aufnahme zu verweigern, so marschierte Anfang April der bullige Florida-Gouverneur ins Manatee-Schulamt, um den Vollzug der Rassenintegration zu stoppen.

Und ähnlich wie Wallace mit seiner Trotz-Aktion viel Beifall von rechts eingeheimst hatte, wurde jetzt Floridas „King Claude" („Time") zum Helden weißer Konservativer.

Staatsdiener Kirk entließ die demokratisch gewählten Mitglieder der Schulbehörde, um selbst die Kontrolle zu übernehmen. Er trotzte allen Aufforderungen der Bundesjustizbehörden, er drohte Washingtons Vollzugsbeamten Gewalt an. Damit wurde er in Manatee County zum heldenhaften Streiter wider die allzu mächtigen Bundesbehörden, die (angeblich) Eltern und Kinder tyrannisieren möchten.

Die Herzen der Florida-Mütter konnte Claude Kirk ohnedies leicht gewinnen. Denn auf dem Höhepunkt des Schulstreits bekam seine — aus Bremen stammende — Ehefrau Erika ein Kind (Name: Eric, Gewicht: neun Pfund).

Sogar in der Entbindungsstation schürte Vater Kirk die Emotionen gegen Washington. Die Bundesregierung, klagte er, sei wie Ägyptens böser Pharao — doch wenn sie befehle, „daß wir unser erstes männliches Kind töten sollen, dann werde ich Eric in den Binsen verbergen".

Telephonisch beschwor Nixons Justizminister Mitchell den Florida-Gouverneur, er möge „damit aufhören". Der gehorchte schließlich. Vorletztes Wochenende kündigte Kirk an, er werde die Schulbehörde nun nicht mehr hindern, die richterlich befohlenen schwarzweißen Klassen einzurichten.

Kirk kann mit gutem Grund Hilfe vom Präsidenten erwarten. Denn die Bürgerrechtsgesetze, die auch die Rassenintegration an den Schulen vorsehen, sind vor Nixons Amtsantritt erlassen worden. Während viele Bundesrichter auf raschen Vollzug drängen, kritisierten Nixon und seine Minister zwar nicht die Integration, wohl aber die weiten Bustransporte.

Vom Ausgang des Schulbus-Kriegs, sinniert die Rassisten-Postille „The Thunderbolt" (Der Blitzschlag), könne das Überleben der weißen Rasse abhängen. „Möge Gott", so fleht daher das Blitz-Blatt, „den Weißen die Kraft verleihen, den gewaltigen Kampf gegen das unaussprechliche Übel fortzuführen."